



Foto: dpa

## „Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft“

**Unter diesem Motto feierte die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU auf dem Petersberg nahe Bonn ihren 50. Geburtstag.**

Die MIT erinnerte damit an das maßgeblich von Ludwig Erhard entwickelte Konzept der Sozialen Marktwirtschaft, das Grundlage für das deutsche Wirtschafts-

wunder nach dem Zweiten Weltkrieg wurde. Dieses Ordnungsmodell wurde anlässlich der Jubiläumsfeier auch als wirtschaftspolitischer Kompass für zukünftiges Regierungshandeln herausgestellt.

Zum Festabend waren rund 350 Gäste aus dem In- und Ausland angereist. Neben vielen ehrenamtlich en-

### INHALT

Innenministerkonferenz:  
Union setzt Fördern  
und Fordern durch  
Seite 4-7

Dokumentation  
„EU-Verfassungsvertrag  
zum Erfolg führen“  
Regierungserklärung  
von Bundeskanzlerin  
Angela Merkel im  
Deutschen Bundestag  
Innenteil

## HEUTE AKTUELL

■ Ronald Pofalla: Wichtiger Schritt zur besseren Integration (Seite 4) ■ Große Resonanz bei den Regionalkonferenzen (S. 8–9) ■ NRW: Integrationsbeirat nimmt Arbeit auf (S. 11) ■ Thüringen: CDU stärkste Kraft in Kreisen und Städten (S. 12) ■ Bremen: Neumann im Amt bestätigt (S. 12) ■ Baden-Württemberg: Koalition besiegt (S. 13) ■ Elterngeld – mehr Unterstützung für Familien (S. 14) ■ JU/SU: Christliche Grundwerte stärker betonen (S. 16) ■ „Tourismuspipfel Nord“: Reiseziel Norddeutschland stärken (S. 17) ■ M. Stübgen: EU-Strukturförderung auf gutem Weg (S. 18) ■ S. Kampeter: Merkel-Regierung weiter auf Wachstum- und Konsolidierungskurs (S. 19–20) ■ M. Eichhorn: Drogenbericht alarmierend (Seite 20–21) ■ J. Klöckner: Stärkung der Verbraucherrechte begrüßenswert (S. 21)

gagierten Mitgliedern, die die MIT repräsentieren und der Bundesvereinigung mit ihrer Arbeit den Rücken stärken, konnte der MIT-Bundesvorsitzende, Josef Schlarman, auch den Präsidenten der europäischen Mittelstandsvereinigung SME-Union, Christoph Leitl, begrüßen. Als Gastredner trat der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Jürgen Rüttgers, ans Mikrofon. Er blickte vor allem an die Anfänge der Mittelstandsbewegung in der CDU im Rheinland und in Westfalen zurück.

Zum Auftakt des zweiten Tages erinnerte der MIT-Bundesvorsitzende an Ludwig Erhards ordnungspolitische Vermächtnis: „Er war sehr wohl für sozialen Ausgleich und sprach sich dafür aus, Menschen, die wirklich in Not sind, zu helfen. Er wehrte sich aber gegen die Überdehnung des Sozialen in Richtung Wohlfahrtsstaat. Heute ist dieser von Erhard so gefürchtete Wohlfahrtsstaat längst Realität. Er ist ein Moloch, der unseren Wohlstand gefährdet,

der die Anspruchs- und Vollkaskomentalität fördert und der seine Bürger in letzter Konsequenz entmündigt und zu willenslosen Almosenempfängern macht“, erklärte der MIT-Vorsitzende.

Schuld an dieser Entwicklung seien unzählige Verstöße gegen Geist und Gesetze der Marktwirtschaft, so Schlarman. Diese seien mit verantwortlich für die sinkende Zustimmung zur Sozialen Marktwirtschaft in der Bevölkerung. Schlarman betonte insbesondere, dass auch die Rolle der Unternehmer und der Manager in der Sozialen Marktwirtschaft überdacht werden müsste, um diese weiterhin zu legitimieren.

An diese Worte knüpfte der Vorsitzende der Ludwig-Erhard-Stiftung, Hans D. Barbier, an und analysierte nachdenklich das Tagungsthema „Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft“. Der MIT-Vorsitzende des gastgebenden NRW-Landesverbandes, Hartmut Schauerte, erinnerte an die Wünsche der Initiatoren der ersten Mittelstandsausschüsse. Es

## IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhofstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 0 30-220 70-3 72, E-Mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 0 2226-8 02-0, Telefax 0 2226-8 02-1 11-3 33. Vertrieb: Telefon 0 2226-8 02-2 13, E-Mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de, Verlagsleitung: Bernd Profflich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per E-Mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.



waren Forderungen nach spürbaren Steuersenkungen, die Bekämpfung der Schwarzarbeit und die Begrenzung der wirtschaftlichen Tätigkeit der öffentlichen Hand. Daraus leitete der Bundestagsabgeordnete und Parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium den „immer wieder frischen Auftrag an die Politik“ ab, sich der alten Probleme stets aufs Neue anzunehmen.

Höhepunkt der Veranstaltung war die Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Die Vorsitzende der CDU Deutschlands erklärte, dass es „mit der CDU keine „Reichensteuer“ geben wird, bei der die Gewerbebetriebe zusätzlich belastet werden“. Ferner plädierte sie für die tendenzielle Entkoppelung der Kosten der sozialen Sicherungssysteme von der Erwerbsarbeit, für mehr Wettbewerb und mehr Eigenverantwortung im Gesundheitssystem. „Wenn wir die Menschen verprellen, die 50, 60, 70 Stunden pro Woche arbeiten und dann nachts nicht schlafen können, weil sie nicht wissen, wo der nächste Auftrag herkommt, dann töten wir das Herz der Sozialen Marktwirtschaft,“ sagte die Bundeskanzlerin. Mit Blick auf die Grundsatzprogramm-Debatte wünschte sie sich ei-



Josef Schlarmann, MIT-Bundesvorsitzender

ne lebendige Diskussion mit der MIT, „die dabei eine aktive und selbstbewusste Rolle“ spielen solle.

Als Dankeschön überreichte der MIT-Bundesvorsitzende, Josef Schlarmann, Bundeskanzlerin Angela Merkel eine Präsent. Dazu zählten auch zwei Zigarren der von Ludwig Erhard bevorzugten Marke. Rauchwaren fürs Kanzleramt kamen Merkel nicht ungelegen: „Manche, die zu mir kommen, fragen: ‚Gibt es noch die Zigarren von Schröder?‘ Die gibt es natürlich nicht, aber jetzt habe ich ja die von Erhard!“

In seiner Rede sprach sich der bayerische Staatsminister für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, Erwin Huber (CSU), ebenfalls gegen eine „Reichensteuer“ aus, die auch die Wirtschaft belastet. Zudem plädierte Huber erneut für eine wettbewerbsfähige Unternehmensteuerreform ab 2008, die Mittel-

ständlern mehr Eigenkapitalbildung ermöglichen soll.

Zum Abschluss wurde in zwei Panels mit Experten diskutiert. Das erste Panel beschäftigte sich mit der Frage, ob „Wohlstand für alle“ ein realistisches Bild für die Zukunft sei. Das zweite Panel erörterte die erforderliche Balance zwischen „Laissez-faire und staatlichen Interventionen“. Ob Forum oder Rede, überall spiegelte sich die Tagungsfrage nach einer möglichen „Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft“ wider. Einige Erkenntnisse waren trotz unterschiedlicher Ansätze durchaus erkennbar: Soziale Sicherheit und wirtschaftliche Prosperität sind zwei Seiten einer Medaille. Zudem braucht Arbeit Wachstum und Wachstum wiederum setzt Freiheit voraus: Erhard'sche Grundsätze, die heute noch genauso aktuell sind wie vor fünfzig Jahren.

Innenministerkonferenz

# Union setzt Fördern und Fordern durch

**Schwerpunkte der diesjährigen Frühjahrskonferenz der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) waren neben der Sicherheit bei der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 die Einigung auf Eckpunkte für bundeseinheitliche Einbürgerungsstandards.**

Der Vorsitzende der Innenministerkonferenz und Bayerische Staatsminister des Innern, Günther Beckstein, zeigte sich mit den Ergebnissen sehr zufrieden: „Die Beratungen haben zum

einen gezeigt, dass sich die Sicherheitsbehörden in Bund und Ländern auf die Fußball-Weltmeisterschaft als das sportliche Großereignis des Jahres in bisher nie da gewesenem Umfang sorgfältig vorbereitet haben. Die Einigung auf gemeinsame Eckpunkte für bundeseinheitliche Einbürgerungsstandards unterstreicht das gemeinsame Interesse aller Innenminister und -senatoren, in Deutschland nur Menschen einzubürgern, die auch wirklich integriert sind.“

## Integration

Die Innenministerkonferenz betonte, dass die erfolgreiche Integration rechtmäßig in Deutschland lebender Migranten im wohlverstandenen Interesse der aufnehmenden Gesellschaft sowie der zugewanderten und zuwandernden Menschen liege. Entsprechend dem Prinzip des Forderns und Förderns seien Zuwanderer und Aufnahmegesellschaft gehalten, ihren Beitrag zum Gelingen der Inte-

### RONALD POFALLA: WICHTIGER SCHRITT ZUR BESSEREN INTEGRATION

**Die von den Innenministern der Bundesländer erreichte Einigung auf eine bundesweit einheitliche Regelung von Einbürgerungen ist ein wichtiger Schritt, um unsere ausländischen Mitbürger besser zu integrieren. Damit setzen wir ein weiteres Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag um, nämlich die Einbürgerungspraxis in ganz Deutschland zu vereinheitlichen.**

Es ist richtig, dass Menschen, die die deutsche Staatsbürgerschaft anstreben, nachweisen, dass sie etwas über Deutschland wissen und sich mit dem deutschen Staat auch identifizieren: Wer Deutscher werden will, soll sich zu unserer Gesellschaftsordnung bekennen. Dazu gehört ganz



Ronald Pofalla,  
Generalsekretär der  
CDU Deutschlands

entscheidend das Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung unseres Gemeinwesens.

Eine gelungene Integration der Menschen, die auf Dauer zu uns kommen, ist von grundlegender Bedeutung für die innere Verfassung unserer Gesellschaft.





1. Reihe (oben) v.l.: Staatssekretär August Hanning, Staatssekretär Ulrich Freise, Gottfried Timm, Ingo Wolf, Uwe Schünemann, 2. Reihe (mitte) v.l.: Staatssekretär Jürgen Staube, Staatssekretär Thomas vom Bruch, Ralf Stegner, Karl Peter Bruch, Heribert Rech, Karl Heinz Gasser, Holger Hövelmann, 3. Reihe (unten) v.l.: Volker Bouffier, Udo Nagel, Annegret Kramp-Karrenbauer, Günther Beckstein, Jörg Schönbohm

Foto: Studio SX Heuser

gration zu leisten. Schlusspunkt gelungener Integration ist die Einbürgerung. „Erst sie eröffnet den Zugewanderten die uneingeschränkte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben mit den sich darin bietenden Chancen und bereichert unser Land durch die eingebrachte Vielfalt. Migranten müssen es als ihre selbstverständliche Aufgabe begreifen, sich und ihre Kinder in die deutsche Gesellschaft zu integrieren, und ihren aktiven Beitrag zu leisten“, so der IMK-Vorsitzende

Beckstein. Auf der Grundlage des Prinzips des Forderns und Förderns hält die Innenministerkonferenz sowohl weitere qualitative Verbesserungen der Integrationskurse als auch die Mitarbeit der Zuwanderer daran für erforderlich. Sie begrüßt die vom BMI initiierte und derzeit stattfindende Evaluierung und die Bemühungen der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration.

Die IMK ist der Auffassung, dass u.a. folgende

Eckpunkte Grundlage der weiteren Beratungen sein sollen:

■ Das Grundgesetz bestimmt die Grundwerte unserer Gesellschaft. Es ist auch für Migranten die verbindliche Grundlage des Lebens in der Bundesrepublik Deutschland. Zu den Grundwerten gehören auch die Glaubens- und Religionsfreiheit sowie Meinungs- und Pressefreiheit. Der Staat bekämpft den Islamismus und alle anderen Ausprägungen des Extremismus. Er muss aber auch gegenüber

allen Bestrebungen extremistisch-religiöser Gruppen, die zu einem Rückzug aus der Gesellschaft führen, eine klare Haltung einnehmen.

■ Migranten müssen sich aktiv zu Demokratie und moderner Gesellschaft als gemeinsamer Grundlage des Miteinanders bekennen. Integrationsvereinbarungen können ein gutes Mittel sein, um bleibeberichtigte Neuzuwanderer und bereits hier lebende Ausländer mit Integrationsbedarf frühzeitig und zielgerichtet auf dem Weg der Integration in unsere Gesellschaft zu begleiten.

■ Neben Eltern und Familien müssen auch Lehrer und Erzieher einen aktiven Anteil bei der Erziehung zu Demokratie, Gewaltfreiheit, Gleichberechtigung und Selbstbestimmung von Mann und Frau und religiöser Toleranz übernehmen.

■ Parallelgesellschaften gefährden die Basis des gesellschaftlichen Miteinanders. Bei aller Achtung des verfassungsmäßigen Rechts der Eltern zur Erziehung ihrer Kinder findet dieses Recht da seine Grenzen, wo Eltern ihre Kinder von Bildung und Erziehung in einer modernen Gesellschaft ausschließen. Kinder müssen z.B. am vollen Schulunterricht, d.h. auch am Sport-

und Biologieunterricht und an Klassenfahrten, teilnehmen. Ziel muss es sein, dass alle Kinder und Jugendlichen angemessene Bildungsperspektiven erhalten und jeder einzelne junge Mensch so gut wie möglich gefördert und gefordert wird.

■ Wer in Deutschland lebt, muss Deutsch verstehen und sprechen können.

■ Erwachsenen Zuwandern bietet das Zuwanderungsgesetz mit den bundesunterstützten Integrationskursen ein Startangebot, das auch den bereits hier lebenden Ausländerinnen und Ausländern weiter offen stehen muss. Wo trotz staatlichen Förderangebotes die Bereitschaft zum Kursbesuch nicht besteht, müssen Sanktionen verstärkt werden. Denkbar wären hier Kürzungen von staatlichen Transferleistungen oder die Kopplung des Arbeitsmarktzuganges bei Neuzuwanderinnen und Neuzuwanderern an die vorherige Teilnahme an einem Integrationskurs.

■ Städtebau, Wohnraumförderung und Stadtumbau sind wichtige Instrumente erfolgreicher Integration um zu verhindern, dass Stadtviertel „sozial umkippen“ und zu Räumen werden, in denen Gesetze keine Beachtung finden und Parallelgesellschaften ihre eige-

nen Regeln durchsetzen. Die Länder appellieren an die Kommunen und die Wohnungsunternehmen, durch ein vorausschauendes Belegungsmanagement ethnisch abgeschlossene Wohnquartiere zu vermeiden.

Die Innenminister und -senatoren sehen in den vorstehenden Eckpunkten eine geeignete Grundlage für die anstehenden weiteren Gespräche im Rahmen des geplanten Integrationsgipfels der Bundesregierung im Sommer 2006 und bieten ihre Mitwirkung an.

## Einbürgerung

Die IMK hält es für erforderlich, dass in Zukunft für die Einbürgerung bundesweit grundsätzlich folgende gleiche Standards gelten sollen:

■ Regelmäßig rechtmäßiger Daueraufenthalt von acht Jahren.

■ Beherrschen der deutschen Sprache, orientiert am Sprachniveau B 1 des gemeinsamen europäischen Sprachrahmens, was durch einen schriftlichen und mündlichen Sprachtest nachzuweisen ist.

■ Höhere Anforderungen an die Rechtstreue:

Die bisherigen Bagatellegrenzen, innerhalb derer



Straftaten die Einbürgerung nicht hindern, sind unverhältnismäßig hoch. Um die Rechtstreue des Einbürgerungsbewerbers sicherzustellen, soll in der Regel künftig bereits eine Verurteilung zu einer Geldstrafe von 90 Tagessätzen die Einbürgerung ausschließen. Dabei sollen kleinere Strafen kumuliert werden können.

■ Für Einbürgerungswillige werden in allen Ländern Einbürgerungskurse mit bundeseinheitlichen Standards und Inhalten angeboten und in eigener Verantwortung durchgeführt, in denen staatsbürgerliches Grundwissen sowie die Grundsätze und Werte unserer Verfassung vermittelt werden. Die geforderten Kenntnisse müssen insbesondere in den Themenfeldern „Demokratie“, „Konfliktlösungen in der demokratischen Gesellschaft“, „Rechtsstaat“, „Sozialstaat“, „Verantwortung des Einzelnen für das Gemeinwohl“, „Teilhabe an der politischen Gestaltung“, „Gleichberechtigung von Mann und Frau“, „Grundrechte“ sowie „Staatsymbole“ erworben werden. Die Kurse sind in der Regel von den Einbürgerungswilligen zu finanzieren.

Die Innenministerkonferenz bittet den Bundesminister des Innern, das

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zu beauftragen, aufbauend auf den Inhalten der Integrationskurse/Orientierungskurse ein Konzept für die Einbürgerungskurse sowie für eine Einbürgerungsfibel und die Standards für Nachweismodalitäten zu erarbeiten.

Ob ausreichende Kenntnisse dieser Inhalte vorliegen, ist von den Einbürgerungsbehörden zu überprüfen. Die erforderlichen Kenntnisse sind in der Regel nachgewiesen, wenn der Einbürgerungswillige eine Bescheinigung über die erfolgreiche Teilnahme an einem Staatsbürgerkurs, der den Kriterien des BAMF entspricht, erhalten hat. Bei entsprechenden Vorkenntnissen kann die Überprüfung auch ohne die in der Regel obligatorische Kurs Teilnahme erfolgen.

■ Loyalitätserklärung und Bekenntnis zu unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung – wie im geltenden Recht vorgesehen – mit der Möglichkeit der Überprüfung von Zweifelsfällen in einem Einbürgerungsgespräch.

■ Ausschluss verfassungsfeindlicher Bestrebungen:

Über die bereits gesetzlich vorgeschriebene Regel-

anfrage beim Verfassungsschutz hinaus soll der Einbürgerungsbewerber selbst zu Mitgliedschaften oder Unterstützungshandlungen in extremistischen oder extremistisch beeinflussten Organisationen befragt werden.

■ Die Einbürgerung soll in einem feierlichen Rahmen vollzogen werden. Sie soll durch Eid oder feierliches staatsbürgerliches Bekenntnis dokumentiert werden. Dadurch wird die Verbindlichkeit der getroffenen Entscheidung hervorgehoben.

Durch bundesgesetzliche Regelung soll festgeschrieben werden, dass von einzelnen Voraussetzungen Ausnahmen möglich sind, soweit die Integration gesichert ist, und für Bewerber, die besondere Integrationsleistungen insbesondere beim Sprachniveau erbringen, die Mindestzeit des rechtmäßigen Daueraufenthalts auf sechs Jahre verkürzt werden kann.

Die IMK richtete eine länderoffene Arbeitsgruppe unter Federführung des Vorsitzlandes ein, mit dem Ziel, eine gemeinsame Bundesratsinitiative sowie die weiteren Umsetzungsschritte vorzubereiten.

# Große Resonanz bei den Regionalkonferenzen

**Nach der erfolgreichen Auftaktveranstaltung zur Grundsatzprogramm-Diskussion am 25. April in Potsdam war die Resonanz der Mitglieder auch auf den Regionalkonferenzen in Bad Fallingbostal und in Karlsruhe immens groß.**

Saarland folgten der Einladung in die Schwarzwaldhalle nach Karlsruhe.

Die Parteivorsitzende, Bundeskanzlerin Angela Merkel, wies vor den Teilnehmern dieser beiden Veranstaltungen noch einmal auf die Bedeutung des neuen Grundsatzprogramms für die Zukunftsfähigkeit der CDU hin. Die Welt habe sich seit 1994 weit stärker verän-

dert, als dies damals abzusehen gewesen sei, so die Vorsitzende.

Es reiche heute nicht mehr zu sagen, was andere falsch machten, argumentierte Merkel. In einer globalisierten Welt müssten Antworten auf ganz unterschiedliche Fragen gefunden werden. Hierzu gehörten unter anderem Fragen nach der Bewahrung der Freiheit angesichts globaler Bedrohungen durch religiösen Fanatismus und internationalen Terrorismus



Über 2.000 Gäste aus den Reihen der Union kamen in die Heidmarkhalle nach Bad Fallingbostal in der Lüneburger Heide. Eingeladen hatten die Landesverbände aus Niedersachsen sowie die Landesverbände Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein. Noch einmal 1.500 Mitglieder aus den Landesverbänden Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und







oder nach der Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft angesichts der Herausforderungen der Globalisierung.

Die Betonung des christlichen Menschenbildes begründe das daraus erwachsene Selbstverständnis, die Schöpfung für künftige Generationen bewahren und schützen zu müssen. Das Bewusstsein um die christlichen Werte als Grundlage unserer Gesellschaft und unserer Kultur schaffe erst die Möglichkeit einer kritischen Auseinandersetzung mit anderen Kulturen. Neben Angela Merkel riefen auch die Vertreter der beteiligten Landesverbände ihre



Mitglieder zu einer aktiven Beteiligung an der Grundsatzprogramm-Diskussion auf: in Bad Fallingbostal die Vorsitzenden Bernd Neumann aus Bremen und Peter Harry Carstensen aus Schleswig-Holstein sowie der Generalsekretär der CDU in Niedersachsen, Ulf Thiele; Peter Müller und Günter H. Oettinger als Landesvorsitzende aus dem Saarland und aus Baden-

Württemberg sowie der Landesvorsitzende der CDU Rheinland-Pfalz, Christoph Böhr, in Karlsruhe.

Das diese Aufrufe nicht ungehört verhallen, zeichnete sich schon im Rahmen der bisherigen drei Regionalkonferenzen ab. Die zahlreichen Anregungen und Wortbeiträge lasen eine intensive und konstruktive Programmdiskussion erwarten.

## Regierungserklärung

## „Verfassungsvertrag zum Erfolg führen“

**Die unions-geführte Bundesregierung will einen Weg aus der festgefahrenen Verfassungskrise in Europa suchen und eine neue Ära in der EU einleiten.**

„Wir müssen den Stand des Projekts Europa kritisch überprüfen“ und dabei die Perspektive des Bürgers einnehmen, erklärte Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer ersten Regierungserklärung zur Europapolitik im Bundestag. „Deshalb sollten wir der historischen Begründung Europas eine Neubegründung hinzufügen.“ Sie räumte ein, dass die Europäische Union (EU) trotz ihrer historischen Verdienste als Friedensordnung vielen Bürgern ihren Nutzen nicht klar mache.

Es sei ein Rückschlag, dass die EU-Verfassung in Frankreich und den Niederlanden von der Bevölkerung abgelehnt worden sei. „Ich möchte diesen Verfassungsvertrag“, so Angela Merkel. Der Vertrag sei notwendig und für die Handlungsfähigkeit der EU entscheidend. Die Vorsitzende der CDU Deutschlands machte deutlich, dass sie die deutsche



Angela Merkel,  
Bundeskanzlerin und CDU-Vorsitzende

Foto: Markus Hammes

EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 dafür nutzen wolle, einen Weg aus der Krise zu suchen. „Wir müssen den Bürger in den Mittelpunkt stellen“, sagte sie. Deutschland übernimmt am 1. Januar 2007 die EU-Ratspräsidentschaft.

Der europäische Einigungsprozess oder die Verständigung auf einen Finanzrahmen reichten nicht mehr aus. Sie betonte: „Ich denke, es geht um nicht mehr und nicht weniger, als dass wir der historischen Begründung der Europäischen Union eine Neubegründung hinzufügen.“ Nur dann werde es gelingen, aus Europa auch im 21. Jahrhundert „eine Erfolgsgeschichte“ zu machen.

Bei der Neuausrichtung der Europäischen Union stellte Merkel den Bürokratieabbau an die erste Stelle. Hier können 25 Prozent des Aufwands reduziert werden. Außerdem sollte darüber nachgedacht werden, ob nicht wie in Deutschland auch auf EU-Ebene alle bis zum Wahltag nicht beschlossenen Richtlinien verfallen.

Das Gebot der Stunde sei neben dem notwendigen Bürokratieabbau in der EU, eine Stärkung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. „Europa muss eingreifen, bevor es zu dramatischen Konflikten kommt“, betonte die Kanzlerin und fügte hinzu, Europa könne seinen Werteanpruch nicht allein bei sich umsetzen, „sondern muss da helfen, wo andere nicht mehr allein klar kommen“. Diese Lektion habe man auf dem Balkan gelernt.

Angela Merkel forderte, Europa müsse den Menschen wieder näher gebracht werden. „Wir müssen den Menschen beweisen, dass wir mit Europa erfolgreicher sind als ohne“, sagte die Bundeskanzlerin.



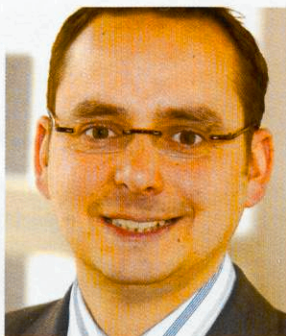
Nordrhein-Westfalen

## Integrationsbeirat nimmt Arbeit auf

**Mit der Konstituierung des neuen Landesbeirates für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen unterstreicht die neue nordrhein-westfälische Landesregierung die Kontinuität in der Integrationspolitik und bekennt sich zur besonderen Verantwortung gegenüber den Spätaussiedlern.**

Seit 1989 sind rund 700.000 Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler nach Nordrhein-Westfalen gekommen und haben hier ihren neuen Lebensmittelpunkt gefunden. „Die überwältigende Mehrheit dieser Menschen ist bereits ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft und wir nehmen es zu wenig wahr“, sagte der Integrationsbeauftragte der Landesregierung Thomas Kufen.

Schwerpunktmäßig werde sich der neue Landesbeirat unter anderem dem Problem der beruflichen Eingliederung der neuen Bürger Nordrhein-Westfalens zuwenden. „Wir müssen es schaffen, dass jemand mit 20-jähriger Berufserfahrung mit seinen mitgebrachten Qualifikationen auf unse-



Thomas Kufen, Integrationsbeauftragter Nordrhein-Westfalen

rem Arbeitsmarkt auch eine Chance hat“, so Kufen.

### Kultur der Anerkennung

Die Kenntnisse der deutschen Sprache und deren Verbesserung stehen ebenfalls ganz weit oben auf der Liste. Zielgruppenspezifische Sprachkurseangebote im Rahmen bestehender Möglichkeiten sollen an dieser Stelle ansetzen.

„Ich werbe aber in meiner Funktion als Integrationsbeauftragter für die Politik der Anerkennung. Es reicht nicht aus nur auf die Defizite hinzuweisen. Wir werden es nicht schaffen, dass die Menschen sich angenommen fühlen, wenn sie dauernd darauf

hingewiesen werden, was sie alles nicht können und noch lernen müssen. Wir brauchen einen Perspektivenwechsel. Wir müssen stärker anerkennen, dass diese jungen Menschen durch den Zuwanderungshintergrund und die damit verbundenen Lebensorientierungen und Sozialisationsbedingungen auch ein Potenzial für die deutsche Gesellschaft und für das zukünftige Europa sind“, führte Kufen die Grundprinzipien seiner Arbeit aus. „Wir brauchen eine Kultur der Anerkennung und des gegenseitigen Respekts“, forderte der Integrationsbeauftragte.

„Gezielte berufliche Qualifizierungsmaßnahmen für Spätaussiedler mit akademischer Ausbildung sind in diesem Kontext genauso willkommen wie die Erweiterung des Angebots von Russischunterricht an weiterführenden Schulen“, knüpft der Integrationsbeauftragte an die kürzlich geführte Debatte um Abiturfächer an Schulen an. „Hier möchte ich mit meiner Arbeit im Landesbeirat gemeinsam mit anderen Mitgliedern anpacken und diese Situation nachhaltig verändern.“

Thüringen:

## CDU stärkste Kraft in Kreisen und Städten

Nach der erfolgreichen Kommunalwahl in Hessen konnte sich nunmehr die Union auch bei den Landrats- und Oberbürgermeisterwahlen in Thüringen als stärkste Kommunalpartei behaupten. Mit 41,5 Prozent und einem Vorsprung von fast 16 Prozentpunkten gegenüber den SPD-Kandidaten ist dies eine wichtige Bestätigung für die führenden Kommunalpolitiker vor Ort.

„Die Kommunalwahl hat erneut die Breite unserer kommunalen Basis unter Beweis gestellt,“ zeigte sich der thüringische Generalsekretär Mike Mohring zufrieden. Mit dem landesweiten Ergebnis von 41,5 % ist die



Mike Mohring,  
Generalsekretär Thüringen

Union nach der ersten Runde der Kommunalwahl alleine so stark, wie SPD und PDS zusammen.

In sieben Landkreisen haben die CDU-Landratskandidaten auf Anhieb gewonnen. „Besonders freut mich dabei, dass neben den sechs bestätigten Amtsinhabern mit Benno Kaufhold

unser Kandidat im Ilmkreis neu ins Landratsamt einziehen kann“, so Mohring. 35 Bürgermeisterkandidaten der CDU bzw. von der CDU unterstützte Kandidaten konnten sich bereits im ersten Wahlgang durchsetzen, 23 weitere stehen in der Stichwahl.

Die Ausgangslage für den 21. Mai ist gut. In fünf Landkreisen und in drei kreisfreien Städten gehen die CDU-Kandidaten mit einer klaren Führung in die Stichwahl. „Wir müssen alles tun, um unsere Wähler wieder an die Urnen zu bitten. Die Mobilisierung des gesamten bürgerlichen Lagers steht dabei einer roten Trostlosigkeit entgegen“, erklärte Mohring.

### BREMEN: NEUMANN IM AMT BESTÄTIGT

Bernd Neumann bleibt Landesvorsitzender der Bremer CDU. Der Kulturstatsminister im Bundeskanzleramt wurde auf einem Landesparteitag mit überwältigender Mehrheit im Amt bestätigt.

199 Delegierte votierten für Neumann, 12 gegen ihn. Damit wurde er für weitere zwei Jahre im Amt bestätigt. Es war bereits Neumanns 14.



Bernd Neumann,  
Landesvorsitzender der  
CDU Bremen

Wiederwahl. Bernd Neumann ist somit der am längsten amtierende Vorsitzende eines CDU-Landesverbandes in Deutschland.



Baden-Württemberg:

## Koalition besiegelt

CDU und FDP haben die Fortsetzung ihrer Koalition in Baden-Württemberg formell besiegelt. Der CDU-Landesvorsitzende, Ministerpräsident Günther Oettinger, und FDP-Landeschefin Birgit Homburger unterzeichneten in Stuttgart den 80-seitigen Koalitionsvertrag als Basis für die gemeinsame Regierungsarbeit in den kommenden fünf Jahren.

Zuvor hatte der Landesparteitag der CDU in Villingen-Schwenningen dem Ver-



Günther H. Oettinger,  
Ministerpräsident Baden-Württemberg

trag mit großer Mehrheit zugestimmt. „Das ist ein guter Start für unsere neue Regierung“, sagte Oettinger. Die

Koalitionsvereinbarung mit den Liberalen trage die Handschrift der CDU. Im Mittelpunkt des Koalitionsvertrages stehen die Themen Arbeitsmarkt, Bildung, technische Innovation, Haushaltskonsolidierung und Familienpolitik. Der Landesetat soll nach dem Willen der Koalition ab 2011 ohne neue Schulden finanziert werden. „In den 80 Seiten findet sich keine einzige Kröte, die wir schlucken mussten“, so der Landesvorsitzende und Ministerpräsident.

### SENIOREN-UNION STÄRKT EHRENAMTLICHE STRUKTUREN

Mit der Einführung von Basis-Seminaren, der Verstärkung von Partnerschaften und Neugründungen von Kreisverbänden will die Senioren-Union die ehrenamtlichen Strukturen in den neuen Bundesländern stärken.

Um dieses Ziel zu erreichen, fand unter der gemeinsamen Leitung des Vorsitzenden des Arbeitskreises „Neue Bundesländer“ der Senioren-Union der CDU, des ehemaligen sächsischen Bundestags-



abgeordneten Rainer Jork (l.), und des Ehrenvorsitzenden der Senioren-Union, Bernhard Worms (r.) die mittlerweile zweite Arbeitssitzung im Konrad-Adenauer-Haus in Berlin statt. „Engagierte Persön-

lichkeiten und attraktive Verbände in den Städten und Kreisen sind der Schlüssel für eine positive Mitgliedarentwicklung“, so der

Bundesvorsitzende der Senioren-Union, Otto Wulff, der wöchentlich Veranstaltungen an der Basis besucht und dort in regelmäßigem Erfahrungsaustausch mit Ehrenamtlichen und Bürgern steht.

# Elterngeld – mehr Unterstützung für Familien

Nach den aktuellsten Beschlüssen des Koalitionsausschusses steht fest: Ab dem 1. Januar 2007 wird es in Deutschland mit dem Elterngeld eine neue finanzielle Unterstützung für Familien geben. Das Elterngeld schafft einen Freiraum für Eltern, sich Zeit für Kinder zu nehmen, ohne deshalb einen finanziellen Einbruch verkraften zu müssen.

Das Elterngeld ist eine Maßnahme, die es Eltern gemeinsam mit dem Ausbau der Kinderbetreuung, der verbesserten steuerlichen Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten und mehr Familienfreundlichkeit im Arbeitsleben erleichtern soll, den eigenen Kinderwunsch zu verwirklichen.

## Stabile Finanzierung

Die meisten Familien brauchen und wollen heutzutage dauerhaft zwei Einkommen für eine stabile Finanzierung ihres Familienlebens und für die wirtschaftliche Selbstständigkeit beider Partner. Mit Einführung eines Elterngeldes wird der „Achter-



Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

bahn-Effekt des Familien-einkommens“, wie im 7. Familienbericht zu Recht der Verlauf des Familieneinkommens nach Geburt eines Kindes beanstandet wird, abgemildert. Das Elterngeld ist als Ersatzleistung für das wegfallende Erwerbseinkommen des betreuenden Elternteils konzipiert. Es wird die wirtschaftliche Grundlage der Familien erhalten, wenn die Eltern ihr Kind im ersten Jahr nach der Geburt selbst betreuen wollen. Die Orientierung der Leistung am Einkommen und ihre Begrenzung auf ein Jahr sollen auch Anreize zur Rückkehr ins Erwerbsleben sein und dazu beitragen, dass Mütter und Väter ihre Existenz auf Dauer selbstständig und unabhängig

von staatlichen Fürsorgeleistungen sichern können.

## Freiheit

Das Elterngeld will die Freiheit der Familie vergrößern, ihr selbst gewähltes Lebensmodell zu leben. Dafür steht auch ein Mindestelterngeld in Höhe von 300 Euro für alle Familien im ersten Lebensjahr des Kindes, unabhängig von Einkommensverlust, Einkommenserzielung und Einkommensverteilung. Das Gesetz wird ausdrücklich keine Aufgabenverteilung in den Familien festlegen, aber es will einen Beitrag für die Gleichstellung der Geschlechter leisten und zugleich Erziehung als ein gemeinsames Anliegen der Eltern aufwerten.

Eine Übersicht über die wichtigsten Elemente des neuen Instrumentes der Familienförderung sowie Daten und Fakten rund um das Elterngeld finden Sie im CDU-Mitgliedernetz unter [www.cdunet.de](http://www.cdunet.de).



# Europa – der Renationalisierung widerstehen

Anlässlich einer Konferenz mit den nationalen Parlamenten über die Zukunft Europas im Europäischen Parlament hat der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion, Hans-Gert Pöttering, nachdrücklich vor der Gefahr einer Renationalisierung der Europäischen Union gewarnt und an die Grundlagen der Europäischen Union erinnert: **gemeinsame Werte, solidarisches Handeln durch gemeinschaftliche Institutionen und Handlungsfähigkeit nach innen und außen.**

Anlässlich des Europatages erinnerte Hans-Gert Pöttering daran, dass Europa im Kern ein Projekt zur Sicherung des Friedens in Europa ist, das mit der Erklärung Robert Schumans am 9. Mai 1950 seinen Anfang genommen und in der Folge die europäischen Institutionen begründet hat. Die europäischen Institutionen seien die Garantie für solidarisches Handeln in der Europäischen Union. „Deswegen müssen wir jeder Renationalisierung widerstehen“, erklärte Pöttering, Dies sei ein wichtiges Ar-



Hans-Gert Pöttering,  
Vorsitzender der EVP-ED-Fraktion

gument für den europäischen Verfassungsvertrag.

## Kernbegriff

Das Europäische Parlament sei heute Mitgesetzgeber in nahezu 75% der Gesetzgebung. Dies sei ein großer Erfolg für den Parlamentarismus in der Europäischen Union. Aber der Prozess der Parlamentarisierung müsse in Partnerschaft mit den nationalen Parlamenten weiter fortgesetzt werden.

Solidarität sei ein Kernbegriff der Europäischen Union. Als Beispiel nannte Pöttering die Einforderung der europäischen Solidarität durch Polen bei der Energieversorgung. Dies sei

ein richtiges Anliegen, erfordere aber auch umgekehrt die Solidarität Polens in anderen europäischen Fragen. „Solidarität ist keine Einbahnstraße, sondern beruht immer auf Gegenseitigkeit“, so Pöttering.

## Handlungsfähigkeit sichern

Nachdrücklich forderte Pöttering, die Handlungsfähigkeit Europas zu sichern. Gerade in Zusammenarbeit mit den amerikanischen Partnern könne Europa nur dann Einfluss nehmen, wenn es stark und handlungsfähig ist.

„Europa kann nur auf Grundlage der gemeinsamen Werte, der Achtung und Verteidigung der Menschenrechte, der Freiheit, der Demokratie und des Rechts als Modell innerhalb und außerhalb der Europäischen Union überzeugen.“ Auf dieser Grundlage können nationale Parlamente und das Europäische Parlament gemeinsam mit Leidenschaft und Entschlossenheit die Zukunft Europas bauen.

Junge Union/Senioren-Union

# Christliche Grundwerte stärker betonen

**Im Rahmen einer gemeinsamen Sitzung haben die Senioren-Union der CDU Deutschlands und die Junge Union Deutschlands angekündigt, bei der Diskussion über das neue Grundgesetzprogramm der CDU eng zusammenarbeiten zu wollen.**

Dazu erklärten die beiden Bundesvorsitzenden Otto Wulff (Senioren-Union) und Philipp Mißfelder (Junge Union):

- Junge Union und Senioren-Union werden gemeinsam darauf dringen, dass christliche Grundwerte und mehr Verantwortung für das Gemeinwohl Leitmotiv dieses Programms werden. Das christliche Menschenbild muss auch im 21. Jahrhundert Grundlage des politischen Handelns der Unionsparteien bleiben.
- Senioren-Union und Junge Union begrüßen ausdrücklich das von Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen gemeinsam mit den Kirchen ins Leben gerufene „Bündnis für Erziehung“. Sie fordern die Kritiker des Bündnisses auf, sich diesem im Sinne



v. l.: JU-Bundesvorsitzender Philipp Mißfelder, SU-Vorsitzender Otto Wulff und Hendrik Wüst, JU-Landesvorsitzender NRW

- einer verstärkten wertegebundenen Erziehung anzuschließen.
- Junge Union und Senioren-Union verurteilen jede Form von Rassismus, religiösem Fanatismus und Gewalt. Sie sprechen sich für einen verstärkten interkulturellen Dialog aus, dessen Ziel indessen eindeutig die Akzeptanz des Wertekanons des Grundgesetzes sein muss.
- Senioren-Union und Junge Union fordern CDU und CSU auf, die Ideen der Sozialen Marktwirtschaft weiterhin im Mittelpunkt ihrer Programmatik anzusiedeln. Dazu gehört ein fairer Ausgleich zwischen den Ge-

boten der wirtschaftlichen Vernunft und denen der sozialen Gerechtigkeit.

- Junge Union und Senioren-Union werden den Dialog der Generationen auch künftig durch eine Vielzahl gemeinsamer Veranstaltungen auf regionaler und örtlicher Ebene fortsetzen, wie es bereits seit Jahren von uns praktiziert wird. Ihr Ziel ist ein Miteinander der Generationen. Gemeinsam fordern sie verstärkte Anstrengungen in der Familienpolitik, die es jungen Menschen ermöglichen, Beruf und Familie besser als bisher miteinander vereinbaren zu können.



„Tourismuspipfel Nord“

## Reiseziel Norddeutschland stärken

Die erste Zusammenkunft von CDU-Bundes- und Landespolitikern mit führenden Vertretern der Landesmarketing-Organisationen, der Deutschen Zentrale für Tourismus sowie der Tourismuswirtschaft war ein in diesem Ausmaß unerwarteter Erfolg und zugleich eine große Herausforderung.

Auf dem Treffen, an dem neben dem Initiator, dem Hamburger Bundestagsabgeordneten Jürgen Klimke, auch Klaus Brähmig, tourismuspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion und Jürgen Seidel, Landesvorsitzender der CDU Mecklenburg-Vorpommern sowie Spitzenkandidat der bevorstehenden Landtagswahl, teilgenommen hatten, wurde die Notwendigkeit, ein gemeinsames schlagkräftigeres Marketing für Tourismus in Norddeutschland zu schaffen, deutlich.

Die mehr als 30 Teilnehmer waren sich einig: Der „Tourismuspipfel Nord“ hat gute und vor allem ganz konkrete Ergebnisse erbracht. Dabei haben sowohl Bundes- und Landespolitik als auch Tourismusmarketing-Organisationen von den Touristikern ihre „Hausaufgaben“ erhalten.



Klaus Brähmig, MdB (tourismuspolitischer Sprecher CDU/CSU-BT-Frakt.), Jürgen Seidel (CDU-Landesvorsitzender und Spitzenkandidat Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern, Präsident Tourismusverband MV), Inse-Marie Ortgies, MdL, (tourismuspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion Niedersachsen), Jürgen Klimke, MdB, (Organisator der Veranstaltung, Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Tourismusausschuss), Jürgen Feddersen, MdL, (tourismuspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Niedersachsen).

Vor allem eine gemeinsame Strategie sowie ein gemeinsamer Auftritt der Küstenländer im Ausland wurden von vielen Experten als dringend notwendig für mehr ausländische Gäste in Norddeutschland angesehen.

Das Instrument für gemeinsames Marketing ist die bereits vorhandene Werbegemeinschaft „Deutsches Küstenland“, mit der die Nordländer gemeinsam in Österreich, der Schweiz und China um Touristen werben. Die Notwendigkeit verstärkter gemeinsamen Marketings der Nordländer wurde von den Experten vor allem in Bezug auf Skandinavien gesehen, wo bei aller – durchaus gewollten – Konkurrenz noch viel Raum für gemeinsame Aktivitäten bleibt.

Themen, die die Touristiker auf dem „Tourismuspipfel Nord“ der Bundespolitik ans Herz legten, waren die Einreisebedingungen für Touristen aus Asien, die Sicherheitsbestimmungen auf Fährschiffen innerhalb des Schengen-Raumes, die steuerliche Behandlung von Bordverkäufen auf Kreuzfahrtschiffen sowie die Lenkzeitregelungen für Busse. Jürgen Klimke und Klaus Brähmig versprachen, sich hier für tourismusfreundlichere Regelungen einzusetzen.

„Tourismuspipfel Nord“ soll fortgeführt werden. Im Winter 2007 ist das nächste Treffen im Beisein des Tourismusbeauftragten der Bundesregierung, Ernst Hinsken, geplant. Mittelfristig soll die Veranstaltung auch für Politiker anderer Parteien geöffnet werden.

## EU-Strukturförderung auf gutem Weg

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt, dass sich der Rat der Europäischen Union, EU-Kommission und Europäisches Parlament in konstruktiven und zielgerichteten Gesprächen auf die neuen Strukturfondsverordnungen für die Finanzperiode 2007–2013 verständigt haben.

Nachdem der Rat der Wirtschafts- und Finanzminister das Paket am 5. Mai einvernehmlich beschlossen hat, kann auch mit der Zustimmung des Europäischen Parlamentes in den kommenden Wochen gerechnet werden. Damit wird die Voraussetzung geschaffen, dass die für die neue Finanzperiode zur Verfügung gestellten Strukturfondsmittel ab dem 1. Januar 2007 für die von den Mitgliedstaaten zu beantragenden Förderprojekte zur Verfügung stehen. Für die Bundesrepublik Deutschland sind dies über 23 Mrd. Euro, von denen über 13 Mrd. den ostdeutschen Ländern zugute kommen.

Besonders erfreulich ist, dass die Bundesregierung in den Verhandlungen eine Reihe von Zielen durchsetzen konnte, die gerade für Deutschland eine hohe Prio-



Michael Stübgen

rität haben. Bekanntermaßen hatte der Europäische Rat beschlossen, einen Großteil der Fördermittel an die Lissabon-Ziele von mehr Wachstum und Beschäftigung zu binden. Es ist der Bundesregierung gelungen, die für Deutschland so wichtige gewerbliche Investitionsförderung im Sinne der Strukturfondsverordnungen Lissabon-fähig zu machen. Unternehmensverlagerungen mit Hilfe europäischer Strukturfondsmittel werden massiv erschwert, da die EU-Kommission jetzt bei größeren Investitionen zwingend die Arbeitsplatzeffekte überprüfen muss. Wir begrüßen auch, dass die private Kofinanzierung jetzt generell möglich ist und es im Bereich der so genannten nichterstattungsfähigen Mehrwertsteuer zukünftig keine Diskriminierung bei der Förderung mehr gibt. Auch beim Problem der „Zusätzlichkeit“ der Strukturfondsmittel ist eine

Lösung gefunden, die wir im Interesse der neuen Bundesländer mit Nachdruck unterstützen. Es kommt jetzt darauf an, dass die Bundesländer im Zusammenwirken mit der Bundesregierung die geplanten Förderprojekte finalisieren und so im Nationalen Strategischen Rahmenplan zusammenbinden, damit die verfügbaren Fördermittel der Europäischen Union ab dem 1. Januar 2007 der Bundesrepublik Deutschland ungeschmälert zu Gute kommen können.

Die zügige Verständigung auf den Abschluss der interinstitutionellen Vereinbarung zeigt, dass die Europäische Union vorankommen kann, wenn die europäischen Institutionen und die Nationalstaaten miteinander und nicht gegeneinander handeln. In einem Europa von 25 Mitgliedstaaten sind dabei immer wieder die Bereitschaft zu Kompromissen und der Verzicht auf nationale Egoismen gefordert. Dies schafft neues Vertrauen auch bei den europäischen Bürgern. Dafür wird sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auch in Zukunft mit Nachdruck einsetzen.

**Michael Stübgen** ist der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Angelegenheiten der Europäischen Union der Bundestagsfraktion.



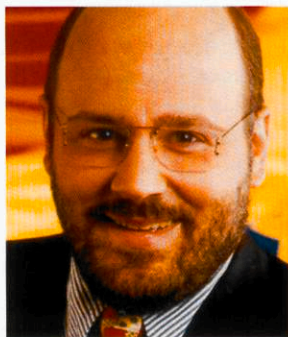
## Merkel-Regierung weiter auf Wachstums- und Konsolidierungskurs

**Die unionsgeführte Bundesregierung setzt ihren Kurs der Wachstumsförderung und Haushaltskonsolidierung unbeirrt fort. Mit der Anhebung der Mehrwertsteuer senken wir gleichzeitig die Arbeitslosenversicherungsbeiträge.**

Es ist besser Konsum als Arbeit zu besteuern. Dem Befund zu hoher Bruttolohnkosten folgen nun Ta-

ten. Die Staatsquote wird am Ende der Legislaturperiode wieder auf das Niveau der Wiedervereinigung zurückgeführt.

Die Union macht mit der Haushaltskonsolidierung ernst. Erstmals seit fünf Jahren werden wir in Deutschland im kommenden Jahr wieder Maastricht und die Verfassung einhalten. Wir stemmen in 2007 ein Konsolidierungsvolumen von rund 35 Mrd. €. Angesichts der rasanten Entwicklung der Ausgaben insbesondere bei Hartz IV sind weitere Konsolidierungsanstrengungen unverzichtbar. Die



Steffen Kampeter

großen finanziellen Notwendigkeiten zur Absenkung des Krankenversicherungs- und des Arbeitslosenversicherungsbeitrags übersteigen das Volumen der Mehrwertsteueranhe-

## GENERALSEKRETÄRSTREFFEN IN WIEN

**Zu einem Gedankenaustausch zu aktuellen Themen und zur Vertiefung der Zusammenarbeit trafen sich die Generalsekretäre der deutschsprachigen Mitgliedsparteien in der EVP in diesem Jahr in Wien.**

Außerdem auf der Agenda stand ein Erfahrungsaustausch zu Fragen der Wahlkampfführung vor dem Hintergrund der letzten Bundestagswahl in Deutschland und den im Herbst anstehenden Nationalratswahlen in Öster-



reich. An dem traditionellen Treffen nahmen folgende Generalsekretäre teil: Ronald Pofalla (CDU Deutschlands), Markus Söder (CSU Bayern), Rein-

hold Lopatka (Österreichische Volkspartei), Alexander Mittermair (Südtiroler Volkspartei), Hansjörg Goop (Vaterländische Union, Liechtenstein).



Maria Eichhorn

bung bei weitem.

Auch die konstruktiv kritischen Einlassungen der Sachverständigen bei der Anhörung zum Haushaltsbegleitgesetz 2006 konnten keine geschlossene Alternative zu dem von der Koalition vorgelegten Sanierungskonzept aufzeigen. So überzeugten die Verbände wenig, wenn sie einerseits die Mehrwertsteuererhöhung ablehnen und andererseits eine Absenkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung fordern. Ehrlich und überzeugend war hingegen die Stellungnahme von Prof. Dr. Rürup, ebenso wie von Prof. Dr. Bomsdorf, die beide zutreffend erklärten, dass es zu der vorgesehenen Mehrwertsteueranhebung keine Alternative gäbe.

Auch hat der Präsident des Bundesrechnungshofs in klaren Worten deutlich gemacht, dass es angesichts

des enormen und kurzfristigen Konsolidierungsbedarfs keine erstzunehmende Alternative zu Maßnahmen auf der Einnahmeseite gibt.

**Steffen Kampeter** ist der haushaltspolitische Sprecher der Bundestagsfraktion.

## Drogenbericht alarmierend

**Erklärung anlässlich der Veröffentlichung des Drogen- und Suchtberichts 2006 der Bundesregierung: Es ist beängstigend, dass es im letzten Jahr nicht gelungen ist, die Zahl der Abhängigen von legalen Drogen wie Alkohol, Nikotin und Medikamenten zu senken.**

Ziel muss es sein, die nichtrauchende Mehrheit (63%) der Bevölkerung besser zu schützen und insbesondere die Jugend vor der Nikotin- und Alkoholabhängigkeit zu bewahren. Die Einführung einer Chipkartenpflicht für Zigarettenuautomaten ab 1. Januar 2007 ist dabei ein richtiger Weg zum Schutz der Jugend.

Nach dem Erfolg von NichtraucherGesetzen etwa in Italien und Irland muss auch in Deutschland über ein generelles Rauchverbot in öffentlichen Gebäuden, Restaurants und vor allem

über ein generelles Tabakverbot im Umfeld von Veranstaltungen und Gebäuden, die vor allem Jugendliche als Zielgruppe haben, nachgedacht werden. Die Präventionsarbeit bei Jugendlichen muss verstärkt werden, da Tabak Einstiegsdroge für den späteren Konsum härterer Drogen ist. Jugendliche, die mit dem Rauchen aufhören wollen müssen mehr Unterstützung bekommen als bisher.

Alarmierend ist auch die Zunahme des Konsums von Cannabis, gerade bei jungen Menschen. 32% der 12-25-jährigen haben schon Erfahrung mit dieser Droge. Hier muss die Präventions- und Aufklärungsarbeit verbessert werden. Cannabis ist keine Spaßdroge wie vielerorts behauptet, sie kann zu schweren physischen sowie psychischen Schäden führen. Das Beratungs- und Therapieangebot muss stärker auf die Zielgruppe der jugendlichen Konsumenten ausgerichtet werden, denn junge Cannabiskonsumenten können nicht mit den gleichen Methoden behandelt werden wie zumeist ältere Opiatabhängige. Nirgendwo in Europa gibt es eine höhere Zahl an Behandlungsnachfragen, aber die geeigneten Therapiestrukturen stehen nicht zur Ver-



fügung. Hier müssen Drogenberatungsstellen und Jugendhilfe besser zusammenarbeiten.

Der im Bericht erwähnte Rückgang der Zahl der Drogentoten um vier Prozent auf 1.326 im letzten Jahr ist erfreulich.

Das Vorhaben der Drogenbeauftragten der Bundesregierung, Heroin zukünftig als Medikament für die Behandlung Schwerst-opiatabhängiger zuzulassen, lässt viele Fragen offen, etwa die Frage der Kosten. Viele Millionen Euro werden in Zeiten knapper Kassen für eine kleine Gruppe von Menschen ausgegeben, während etwa für die Präventionsarbeit und die Therapie der vielen jugendlichen Cannabiskonsumenten noch nicht einmal ausreichende Mittel bereitstehen.

**Maria Eichhorn** ist die Drogenbeauftragte der Bundestagsfraktion.

### Stärkung der Verbraucherrechte begrüßenswert

Mit dem Urteil des Bundesgerichtshofes zu den Rückabwicklungsmöglichkeiten von Kaufverträgen bei mangelhaften Waren wird eine weitere Rechtsunsicherheit bei Kaufver-



Julia Klöckner

**trägen ausgeräumt und der Verbraucher in seinen Rechten gestärkt. Aus Sicht des Verbraucherschutzes ist das Urteil zu begrüßen.**

Der Bundesgerichtshof hatte in einem Urteil die Rechte der Verbraucher bei der Rückgabe mangelhafter Waren und Immobilien deutlich gestärkt. So berechtigt nach dem Richterspruch auch ein vergleichsweise geringer Mangel den Käufer zur Rückabwicklung des gesamten Kaufvertrages, wenn der Verkäufer den Schaden bewusst verschwiegen hat.

Gerade in diesen Fällen, in denen ganz bewusst zum Nachteil des Käufers getäuscht werden soll, ist es wichtig, den Verbraucher zu schützen. Dieses Ziel wird durch das aktuelle Urteil erreicht und stellt für arglistige Verkäufer ein abschreckendes Beispiel auf.

Nach dem Urteil besteht

diese Rückabwicklungsmöglichkeit auch bei vergleichsweise geringem Mangel. In der Klage reichte ein Wasserschaden von rund 2.500 Euro in einer 85.000 Euro teuren Wohnung, um die Rückabwicklung des Kaufvertrages zu begründen. Ausschlaggebend für das Urteilsergebnis war das arglistige Verhalten des Verkäufers.

**Julia Klöckner** ist die Verbraucherschutzbeauftragte der Bundestagsfraktion.

**Aktuell auf  
[www.cducsu.de](http://www.cducsu.de)**

„Ergebnisse des Koalitionsausschusses vom 1. Mai 2006. Zusammenstellung der Ergebnisse.“ Eine Zusammenfassung der Bundestagsfraktion (PDF-Download)

Wie ist die Arbeitsstruktur der Bundestagsfraktion? Wer sitzt im Vorstand der Bundestagsfraktion? Wer sitzt welchen Arbeitsgruppen vor? Wer bearbeitet welche Themen? Antwort finden Sie im neuen „Who is Who“ der Bundestagsfraktion (PDF-Download)

Alle aktuellen Bestellscheine finden Sie zum kostenlosen download im Mitgliedernetz der CDU unter [www.cdunet.de](http://www.cdunet.de), direkt unter dem E-Shop.

Oder nutzen Sie den **Faxabruf-Service** der CDU-Bundesgeschäftsstelle. Pro Faxabruf entstehen Ihnen nur die üblichen Verbindungskosten.

Leider hat sich auf den Seiten 65/66 des Gesamtangebotes 2006 der Fehlerteufel eingeschlichen! Die Faxabruf-Service-nummern 030 22070-**54810** bis 030 22070-**54822** waren fehlerhaft. Die Null hinter der Acht entfällt. Wir entschuldigen uns vielmals bei Ihnen für Ihre Unannehmlichkeiten.  
**Neue Nummern siehe folgend.**

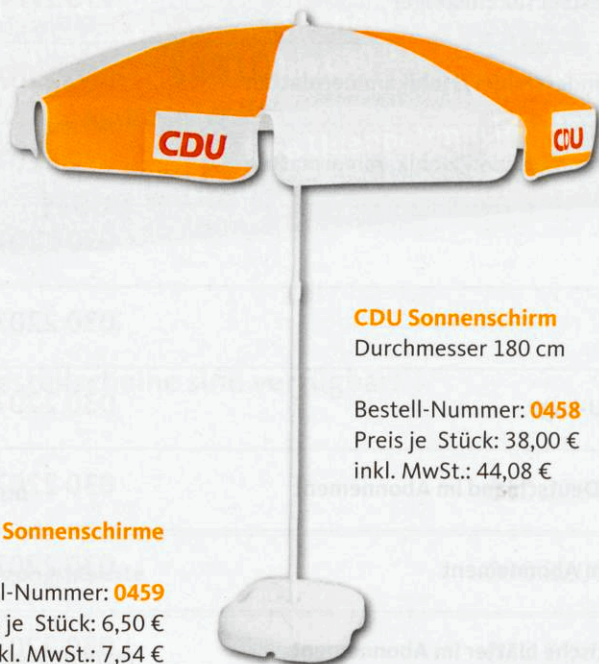
### Folgende Bestellscheine sind verfügbar:

Canvassing-Stand	030 22070-54801
Rednerankündigungsplakate	030 22070-54802
Plakatträger/Mastanhänger	030 22070-54803
Infomaterialien/Werbeartikel	030 22070-54804
Rahmenplakate und Handzettel/Aktuelle Motivplakate	030 22070-54805
Ballongas Helium	030 22070-54806



Kabelbinder	030 22070-54807
CDU-Sekt	030 22070-54808
Dankmedaille	030 22070-54809
Medaille 60 Jahre CDU	030 22070-548 <del>0</del> 10
Plakatträger/Testset für Einsteiger	030 22070-548 <del>0</del> 11
Plakatträger/Bindschilder/Hohlkammerplatten	030 22070-548 <del>0</del> 12
Plakatträger/Stand Schilder/Hohlkammerplatten	030 22070-548 <del>0</del> 13
Glücksrad	030 22070-548 <del>0</del> 14
Schaukasten	030 22070-548 <del>0</del> 15
Plastisches CDU-Logo	030 22070-548 <del>0</del> 16
UiD – Union in Deutschland im Abonnement	030 22070-548 <del>0</del> 17
Frau & Politik im Abonnement	030 22070-548 <del>0</del> 18
kommunalpolitische blätter im Abonnement	030 22070-548 <del>0</del> 19
Wandzeitung	030 22070-548 <del>0</del> 20
Rechnungsformulare	030 22070-548 <del>0</del> 21
Zuwendungs-Vordrucke	030 22070-548 <del>0</del> 22

UBG  
Postfach 1190  
53348 Rheinbach  
PVSt, DPAG  
Entgelt bezahlt.



## Fußständer für Sonnenschirme

Bestell-Nummer: **0459**  
Preis je Stück: 6,50 €  
inkl. MwSt.: 7,54 €

## CDU Sonnenschirm

Durchmesser 180 cm

Bestell-Nummer: **0458**

Preis je Stück: 38,00 €

inkl. MwSt.: 44,08 €

## BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services  
CDU-Kundenbetreuung  
Telefax 05241-8094165  
e-mail:  
cdu-shop@bertelsmann.de